

Neun Orte mit Chance auf neue Räder

24.03.2015 23:09 (Kommentare: 0)

(Hermeskeil) Die Verbandsgemeinde (VG) Hermeskeil weist etwa sieben Prozent ihrer Gesamtfläche als mögliche Vorranggebiete für die Errichtung von neuen Windrädern aus. Das hat der VG-Rat am Montagabend beschlossen. Damit haben zwar theoretisch neun von 13 VG-Orten die Chance auf Windkraft. Wegen des Artenschutzes gibt es aber noch viele Fragezeichen, ob es später Baugenehmigungen für alle geplanten Windparks gibt.

Hermeskeil. Die Farbe Weiß steht allgemein für Reinheit und Klarheit. Zumindest bei der Windkraftplanung in der VG Hermeskeil ist das allerdings nicht der Fall. Der VG-Rat hat am Montagabend mit nur einer Gegenstimme (Ottmar Muno, Piraten) und zwei Enthaltungen (SPD-Frau Beatrix Becker und Roland Eiden, CDU) den Entwurf für den neuen Flächennutzungsplan (FNP) akzeptiert. Darin sind die Gebiete ausgewiesen, die künftig für die Errichtung von Anlagen infrage kommen. Bei den im Plan enthaltenen weißen Flächen (siehe Karte) ist es allerdings weiterhin völlig unklar, ob Investoren dort auch eine Genehmigung zum Bau von Rädern erhalten.

Windkraft-Farbenspiel der VG: 19 Räder drehen sich bereits heute auf dem Gebiet der VG. Diese Flächen sind auf der Karte hellgrün eingezeichnet. Was den Bau von neuen Anlagen angeht, "unterscheiden wir in unserer Planung zwei Kategorien von Flächen", betonte VG-Chef Michael Hülpes in der Sitzung.

In den orangefarben eingezeichneten Gebieten sind nach dem bisherigen Verlauf des Verfahrens bei der Errichtung von Rädern nur geringe Hindernisse - etwa in Bezug auf den Artenschutz - zu erwarten. "Wir setzen darauf, dass dort möglichst schnell Baugenehmigungen erreichbar sind", sagte Hülpes.

Zu den orangefarbenen Flächen zählt zum Beispiel das Areal des geplanten Windparks Hochwald auf dem Gebiet der Gemeinden Reinsfeld, Grimburg und Gusenburg. Gleiches gilt für die vorgesehenen Anlagen im Bereich Geisfeld/Rascheid. Die ockerfarbenen Flächen machen 3,41 Prozent des VG-Gebiets aus.

Anders ist die Lage bei den weißen Flächen. Dort will die VG zwar grundsätzlich die Möglichkeit der Windkraftnutzung einräumen. "Es ist dort aber insbesondere das Problem der Mopsfledermaus zu klären", betonte der Bürgermeister. Die Investoren müssten dort weitere Gutachten vorlegen und bei den Genehmigungsbehörden nachweisen, dass der Bau von Windrädern aus artenschutzrechtlicher Sicht unbedenklich wäre. Nach Hülpes' Einschätzung sind auf den weißen Flächen "hohe Hürden" zu überwinden. Betroffen sind davon unter anderem die Windparks der Stadt Hermeskeil und der Gemeinde Beuren. Die weißen Flächen machen insgesamt 3,66 Prozent des VG-Gebiets aus.

Änderungen in letzter Minute: Ursprünglich war vorgesehen, dass die Gemeinde Hinzert-Pöler mit ihren geplanten Windkraftflächen nicht berücksichtigt wird. Gegen dieses drohende Aus für zwei Anlagen hatte die Gemeinde protestiert (der TV berichtete) und war damit erfolgreich: Im Verbandsgemeinderat kam es zu einem Umdenken.

Auch auf Hinzert-Pöler Gebiet wird eine weiße Fläche ausgewiesen. Die Aussichten für eine Genehmigung sind dort allerdings auch deshalb unsicher, weil sich der geplante Standort in der Kernzone des Naturparks Saar-Hunsrück befindet.

Mario Leiber, Ortschef von Hinzert-Pöler, sagte unserer Zeitung im Anschluss an die Sitzung, dass er mit dem Beschluss des VG-Rats zufrieden sei. "Wenn uns andere Institutionen irgendwann sagen sollten, dass wir keine Windräder bauen dürfen, müssen wir damit leben. Die VG hat uns aber wenigstens nicht selbst schon die Türen zugemacht."

Eine zweite Änderung betraf Flächen im Bereich der Gemarkung Geisfeld. Zwischen der Gemeinde und der Stadt Hermeskeil hatte es im Vorfeld Verhandlungen gegeben, die mit einem Kompromiss endeten. Die Geisfelder Windkraftfläche wird hinter die Kreisstraße 98 gezogen. Dadurch entsteht beim möglichen Bau von Anlagen ein größerer Abstand zum Stadtteil Abtei.

Für dieses Entgegenkommen sei er den Geisfeldern "sehr dankbar", sagte Stadtbürgermeister Mathias Queck (CDU). Zur Erinnerung: VG-weit wurde die Mindestdistanz von Windrädern zu Wohnhäusern auf 1000 Meter festgelegt. Die Stadt hat sich nach einem Bürgervotum im Mai zum Einhalten von größeren Abständen (1400 Meter) entschlossen.

Der weitere Weg: Der Entwurf des FNP wird nun offengelegt. Nachbargemeinden und Behörden wie zum Beispiel der Kreis Trier-Saarburg, der Windräder auch genehmigt, können dazu eine Stellungnahme abgeben. Auch eine weitere Versammlung für VG-Bürger, bei der die Planung mit Visualisierungen von Rädern vorgestellt wird, soll folgen.

Im günstigsten Fall könnte es bis Ende des Jahres Baugenehmigungen für einzelne Anlagen geben.

Extra

"Wir machen Flächen- und keine Standortplanung." Das betonte Verbandsgemeinde-Chef Michael Hülpes in der Ratssitzung erneut. Über die mögliche Anzahl der Räder wurden deshalb am Montagabend auch keine Angaben gemacht. Der TV hat im Vorfeld aber alle neun Ortschefs dazu befragt. Entgegen der

früheren Planungen sind zwischenzeitlich zwar in vielen Gemeinden Räder weggefallen. Alles in allem sollen auf dem Gebiet der neun Orte dennoch etwa **50 Windräder neu** entstehen. Davon befindet sich aber rund die Hälfte in den nun ausgewiesenen weißen Flächen, bei denen eine Baugenehmigung fraglich bleibt. Exemplarisch ist dabei die Situation der Gemeinde Gusenburg. Laut Ortschef Josef Barthen (FWG) plant sie vier Anlagen im Bereich des Windparks Hochwald. Dort sind die Erfolgsaussichten besser als auf der Grendericher Höhe, wo die Gemeinde ebenfalls vier Räder bauen will. Die Grendericher Höhe liegt aber in einer weißen Fläche, weil dort die Mopsfledermaus nachgewiesen wurde. Große Diskussionen gab es in der VG-Ratssitzung nicht mehr. Der **Reinsfelder Ortschef Rainer Spies** (SPD) erneuerte aber seine Kritik, dass nach seiner Auffassung der Kreis mit immer neuen Auflagen die Windkraftplanung in der VG Hermeskeil "verhindern will". **Karl Diller, Sprecher der Interessengemeinschaft "Rettet den Hochwald"**, sagte im Anschluss an die Sitzung im TV-Gespräch, dass seiner Meinung nach die Verwaltung beim Erstellen des FNP-Entwurfs "nicht sorgfältig gearbeitet hat und der Beschluss des Rats formalrechtliche Mängel aufweist". Diese sollte die Aufsichtsbehörde - also der Kreis - genau prüfen. ax

Quelle: volksfreund.de vom 24.03.2015